Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 77. **Halle** a. d. Saale, **Donnerstag, den 15. Februar** **1906.**

Die Ablehnung der Quittungssteuer.

Das Schicksal der Quittungssteuer ist besiegelt. Die Steuerkommission des Reichstags hat sich am Mittwoch mit der von der Regierung vorgeschlagenen Quittungssteuer beschäftigt, und wenn die Abstimmung auch noch nicht erfolgt ist — sie wird am Donnerstag vorgenommen — so steht doch, wie man uns aus Berlin schreibt, nach dem Verlauf der Verhandlungen fest, daß die Quittungssteuer einmütig abgelehnt wird. Die Erklärungen der Vertreter der einzelnen Parteien lassen darüber keinen Zweifel. Die Regierung findet bei keiner Partei Unterstützung, überall vielmehr so entschiedenen Widerspruch, selbst bei den eifrigsten Steuerfindern der Kommission, daß an dem endgültigen Scheitern der Vorlage nicht mehr zu zweifeln ist.

Der Reichsschatzsekretär Freiherr von Stengel hat zwar in der Kommission noch den Versuch unternommen, zu retten, was zu retten ist, aber er hat selbst seine Verteidigung der Quittungssteuer mit der Bemerkung eingeleitet, er sei sich bewußt, daß die Vorschläge der Regierung wenig Aussicht auf Annahme hätten. Was der Schatzsekretär zur Begründung des Quittungsstempels vorbrachte, war auch wahrlich nicht beweiskräftig. Er wies darauf hin, daß eine Quittungssteuer in England und in Frankreich bestehe, und verstieg sich sogar zu der kühnen Behauptung auf Grund eines ihm zugegangenen Schreibens, daß in England die Quittungssteuer die „beliebteste Abgabe" sei. Er mußte aber aus der Kommission, besonders von einem Mitglied, das längere Zeit in England gelebt hat, sich sagen lassen, daß diese Auffassung mehr als eigenartig sei und daß in England genau so wie anderswo lebhafte Beschwerden über die mit der Quittungssteuer verbundenen Scherereien beständen. Bezeichnend für die Auffassung des „grünen Tischs" war die Darstellung des Schatzsekretärs, daß die Geschäftswelt durch die Quittungssteuer nicht belastet werden würde, weil nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch nicht der Gläubiger, sondern der Schuldner, also der Kunde des Geschäftsmannes die Quittungssteuer zu bezahlen habe. Der Herr Schatzsekretär übersieht nur das eine, daß nach allgemeinem Geschäftsgebrauch der Abnehmer Portokosten, Bestellgeld und ähnliches einfach von dem zu zahlenden Betrage abzieht und die Gewerbetreibenden diese Unkosten mit Rücksicht auf die Konkurrenz auf sich nehmen müssen.

An einer scharfen Kritik des Steuervorschlags und seiner Begründung ließ es die Kommission nicht fehlen. Referent und Korreferent waren einig in der glatten Ablehnung der Vorlage und die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei, der Sozialdemokratie und des Zentrums legten nachdrücklich die Bedenken dar, die gegen das Vorhaben der Regierung sprechen. Auch Abg. Müller-Fulda vom Zentrum, der bisher großen Steuereifer bekundet hat, erteilte der Regierung eine runde Absage und zugleich auch den guten Rat, alle Akten zu verbrennen, die im Reichsschatzamt in Sachen Quittungssteuer vorliegen, damit die Regierung später nicht etwa auf den Gedanken komme, das schon dreimal vergeblich versuchte Experiment noch einmal zu wiederholen.

Leider hat das Zentrum die nachdrückliche Zurückweisung der Regierungsvorlage insofern abgeschwächt, als es eine einzige Art von Quittungen herausgesucht und zur Besteuerung empfohlen hat. Vom Zentrum wird nämlich vorgeschlagen, die Quittungen über Bezüge (Gewinnanteile, Tantiemen), welche an die zur Beaufsichtigung des Geschäftsbetriebs von inländischen Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften bestellten oder gewählten Personen (Aufsichtsratsmitglieder) gezahlt werden, mit einer Steuer von 10 Prozent des Betrages zu belasten. In einem Eventualantrage wird vorgeschlagen, die Steuer nach der Höhe der Beträge abzustufen. Eine ähnliche Staffelung schlagen auch die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung vor.

Die Besprechung dieser Anträge hatte das eigenartige Ergebnis, daß Sozialdemokraten, Freisinnige und Konservative sich zusammenfanden in der Abwehr des Versuchs, eine einzelne Quittungsart herauszugreifen, in dem offensichtlichen Bestreben, mit solchen Vorschlägen Popularitätshascherei zu treiben. Von freisinniger Seite wurde geltend gemacht, daß die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder ohnehin durch die Einkommensteuer getroffen würden und daß der Antrag unterschiedslos mühelosen Gewinn und eine Entschädigung für verantwortungsvolle Arbeit — letztere namentlich bei den Genossenschaften — treffe. Es wurde davor gewarnt, durch Zustimmung zu dieser Quittungssteuer der Regierung den kleinen Finger zu reichen und den ersten Schritt auf einer abschüssigen Bahn zu tun. Es steht fest, daß auch diese vom Zentrum empfohlene Quittungssteuer keine Mehrheit im Reichstag finden wird. ☭

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Der Großherzog von Hessen hat den Oberregierungsrat Dr. Usinger zum Vorsitzenden der hessischen Ministerialabteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe ernannt.

Gegen Artikel 3 der Reichsverfassung.

Die Bürgerschaft von Lübeck nahm nahezu einstimmig eine Gesetzesvorlage an, wonach Angehörige (?) des Lübecker Staates erst nach fünfjährigem Aufenthalt in Lübeck das Staatsbürgerrecht erwerben können.

Der Fall Ruhstrat.

Redakteur Biermann in Oldenburg hat nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe auf Grund des Urteils im Prozeß gegen den Kellner Meyer die Wiederaufnahme sämtlicher Ruhstrat-Biermann-Prozesse beantragt.

Der Konflikt im Bergbaulichen Verein.

Zu der Enthebung des Bergmeisters Engel von seinem Amt als Geschäftsführer des Bergbaulichen Vereins wird der „Essener Volkszeitung" berichtet, daß die Entstehung des Konflikts schon einige Wochen zurückliege. Hervorgerufen wurde er durch Meinungsverschiedenheiten zwischen Geh. Rat Krabler und Bergmeister Engel über die Zugehörigkeit des Geschäftsführers zum Vorstand des Vereins. Geh. Rat Krabler war in seinem Briefwechsel in eine Tonart verfallen, wie sie unter Gleichberechtigten nicht üblich ist. Als Herr Engel in derselben zugespitzten Form antwortete, kam es zu erregten Auseinandersetzungen innerhalb des Vorstandes, wobei sich zwei Gruppen bildeten. Als der Antrag wegen Amtsentsetzung Engels zur Abstimmung gebracht wurde, erklärte sich die von Geh. Rat Krabler beeinflußte Gruppe mit 11 Stimmen dafür, während die aus geschäftlichen Erwägungen versöhnlicher gesinnte Interessengemeinschaft der Herren Thyssen, Stinnes und Funcke mit 8 Stimmen unterlag. Diese Minderheit soll mit ihrem Austritt aus dem Bergbaulichen Verein gedroht haben. Bergmeister Engel hat zur Sicherung seiner kontraktlich festgelegten finanziellen Rechte den Klageweg beschritten. Er verlangt die Auszahlung seines Gehaltes für eine 15jährige Dauer. Man spricht von einem Gesamtbetrage in Höhe von etwa 500,000 Mark.

Parlamentarisches.

— Die Budgetkommission des Reichstages fuhr gestern zunächst in der Debatte über die Währungsfrage in Ostafrika fort. Die Forderung der Regierung, betreffend Schaffung einer Goldreserve, wurde angenommen. Bei dem Kapitel „Militärverwaltung" wurde der Antrag Erzberger angenommen, einen Teil der Schutztruppe als künftig wegfallend zu bezeichnen. Im Laufe der Debatte erhob Abg. Erzberger schwere Anklagen gegen den Personalreferenten der Kolonialabteilung, dem er vorwarf, bei der Beantwortung von Anfragen verschiedener Abgeordneter wesentliche Momente verschwiegen und unrichtige Angaben gemacht zu haben. Erzberger verlangte Auskunft über den seinerzeit von dem Abg. Bebel im Reichstage erwähnten Fall des Hauptmanns v. Cannenberg, der sich der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange schuldig gemacht habe. Oberst Ohnesorg legte den Fall dar und erklärte, den sonst außerordentlich besonnenen Hauptmann v. Cannenberg hätten tatsächlich in dem einen Falle seine Nerven verlassen. Er habe sich aber dann selbst bezichtigt und sei zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, die er vollständig abgebüßt habe. Heute sei er ein gebrochener Mann. Wenn ihm auf Grund seiner — abgesehen von dem einzelnen, in keinem Punkte zu beschönigenden Falle — ausgezeichneten Dienstführung eine Pension zugebilligt worden sei, so habe es sich um einen Gnadenakt gehandelt. Abg. Dahlem (Ztr.) meint, es lasse jede Rücksicht auf die öffentliche Meinung vermissen, wenn ein Mann, der sich einer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang schuldig gemacht habe, nachher mit einer Pension bedacht werde. Abg. Ledebour (Soz.) erklärte, die Hauptsache sei, daß man die Tatsache der Pensionierung dem Reichstag verschwiegen habe. Die Pensionierung aus Reichsmitteln sei unzulässig. Abg. Spahn (Zentr.) führte aus, es handle sich um einen Akt der Begnadigung, und diesen haben wir vom Zentrum bisher nicht weiter erörtert. Wenn aber der Kolonialdirektor keine volle Antwort gegeben hat, so hätte er dazu keine Veranlassung. Er hätte nur die Tatsache der Bestrafung konstatiert, und Oberst Ohnesorg habe durch seine Erklärung die Sache korrekt behandelt und aufgeklärt. Von anderer Seite wurde das bestritten und Erklärung über andere Fälle verlangt.

Hygiene und Medizinalwesen.

— Die israelitische Gemeinde in Frankfurt a. M. beschloß einstimmig, anläßlich der silbernen Hochzeit des Kaiserpaares einen Betrag von 100,000 M. als Grundstock der gynäkologischen Abteilung in dem dort neu zu erbauenden Hospital zu stiften.

Verkehrswesen.

— Schnell- und Personenzüge verkehren wieder über Altenbeken-Warburg, da zwischen Neuenheerse und Willebadessen eingleisiger Betrieb eingerichtet ist.

Polenfrage.

— Wieder wird über den Verkauf eines in Schlesien gelegenen deutschen Rittergutes an einen Polen berichtet. Wie der „Tag" aus Breslau meldet, sind die an der Bahnstrecke Breslau-Obernigk gelegenen, 982 Hektar umfassenden Rittergüter Hennigsdorf, Liebenau und Sorgau für 1,060,000 M. von dem bisherigen deutschen Besitzer Janetzki an einen Polen namens Anton Müller verkauft worden.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung.")

(Schluß des Berichts aus der Morgennummer.)

Abg. Dr. Pachnicke (fr. Vg.): Daß die Konservativen sich sträuben, das Landtagswahlrecht zu ändern, ist begreiflich. Keine Partei wird gern das Wahlrecht ändern, das ihr die Herrschaft verleiht. Wie die Konservativen über das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht denken, haben sie oft genug gesagt, denken Sie nur an die bekannte Herrenhausrede des Grafen Mirbach. Und Graf Limburg hat erst neulich gesagt, daß die Monarchie und das gleiche Wahlrecht nicht nebeneinander bestehen könnten. Aber das gleiche Wahlrecht ist einmal da und wird uns nicht wieder genommen werden, es gehört mit der allgemeinen Wehrpflicht zu den Grundlagen des Reiches. Da wäre es wirklich an der Zeit, dieses Wahlrecht auch in den anderen Bundesstaaten einzuführen. Preußen aber leistet fortgesetzt Widerstand, es ist jetzt geradezu ein Bleigewicht an den Füßen des Reichs. Mecklenburg hat überhaupt noch kein Wahlrecht, Sitz und Stimme im Landtag ist dort käuflich. Für Mecklenburg gilt heute noch der bekannte Satz, daß für mecklenburger Wesen das Wählen überhaupt nicht paßt. Die Stände haben dort nur das Recht des „tausamen Erachtens". Die Folgen zeigen sich überall, der Fortschritt vollzieht sich dort nur sehr langsam oder überhaupt nicht. Der Vertreter eines mecklenburgischen Wahlkreises kann gar nicht anders, als das Reich anrufen, denn alle Versuche, vom Lande aus eine Reform einzuleiten, sind gescheitert. Darüber, daß das Reich hier zuständig ist, sind alle Staatsrechtslehrer sich einig. Es handelt sich jedoch vorerst nur um den vorliegenden Antrag. Dieser ist jedoch weit mehr als ein Gesetzentwurf, er ist ein Glaubensbekenntnis, und geht in seinem zweiten Teile viel zu weit. Wir werden deshalb nur dem ersten Teile zustimmen, der die Einführung einer Volksvertretung fordert, den zweiten Teil aber werden wir ablehnen.

Abg. Frhr. v. Maltzan (kons.): Ich gehöre dem mecklenburgischen Landtage an und lade den Vorredner ein, uns mal zu besuchen. Er wird dann sehen, daß es dort doch etwas anders zugeht, als er meint. Ich gehöre zu den Konservativen, die dem Ausbau der mecklenburgischen Verfassung wohlwollend gegenüberstehen. Ich verhorresziere aber ein Eingreifen des Reiches. Die Freude an Kaiser und Reich, die Herr Büsing so schön geschildert hat, würde sicher nicht gestärkt werden, wenn das Reich sich so in die Verhältnisse der Einzelstaaten einmischte. Mecklenburg hat seine Pflichten gegen das Reich stets treu erfüllt. Solche Anträge wie der vorliegende würden aber sicherlich den Ausbau der mecklenburgischen Verfassung erschweren. Die mecklenburgische Bevölkerung ist durch und durch monarchisch gesinnt, und alle Artikel der sozialdemokratischen Zeitungen und Kalender werden sie darin nicht wankend machen. Der Volkskalender schlägt vor, alle Gutsbesitzer abzuschaffen und die Güter unter die Tagelöhner zu verteilen. (Heiterkeit.) Redner verliest den Artikel. Na, das würde ein schöner Kuddel-Muddel werden! (Heiterkeit.) Auch die Zinszahlung wollen die Sozialdemokraten aufheben. Wie wird dann aber Herrn Bebel und Herrn Singer zu Mute werden — Herr Bebel hat ja erst kürzlich eine Erbschaft gemacht — wenn sie keine Zinsen mehr einnehmen. (Heiterkeit.) Auch Herr Südekum gehört ja nicht zu den Aermsten. (Präsident Graf **Ballestrem**: Aber ich muß doch bitten, keine Privatverhältnisse zu erörtern.) Die Sozialdemokraten haben hier das hohe Lied von der russischen Revolution gesungen. Sie haben aber kein Wort der Verurteilung der Greuel in den Ostseeprovinzen gehabt. Ich glaube ja nicht, daß es in Deutschland jemals so weit kommen wird, dazu sind die deutschen Arbeiter doch zu vernünftig. Daß es am 21. Januar nicht zu Blutvergießen gekommen ist, ist nicht das Verdienst der Sozialdemokraten. Was haben die Sozialdemokraten denn für mein mecklenburgisches Vaterland getan? Die blühende Waggonfabrik in Güstrow haben sie durch ihre Streiks konkurrenzunfähig gemacht. Sie haben es auch dahin gebracht, daß die Rostocker Werft vielleicht nach einem anderen Orte gehen muß. Damit die mecklenburgische Arbeiterschaft ihre Wünsche im Landtag vorbringen kann und keine Sozialdemokraten, wie den Dr. Herzfeld, in den Reichstag zu schicken braucht, bin ich für den Ausbau der Verfassung. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Bimmenthal (Südd. Volksp.) tritt für die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für den Landesausschuß in Elsaß-Lothringen ein. Was jetzt noch in Elsaß-Lothringen möglich ist, zeigt die Tatsache, daß Listen geführt werden von Personen, die im Fall eines Krieges sofort festgenommen und der Militärbehörde ausgeliefert werden. Es sind die harmlosesten Leute darunter und auch solche, die vielleicht mit irgend einem Kommissar einen Zusammenstoß gehabt haben. Diese Sache hat im Elsaß die größte Beunruhigung erregt, und dies um so mehr, als die Regierung zugegeben hat, daß solche Listen geführt werden müßten, da es Leute gebe, die noch immer nach Westen blicken. Ja, sollen die Leute denn nach Osten blicken? Da ist es jetzt doch noch viel gefährlicher als im Westen. (Große Heiterkeit.) Diese Listen sind charakteristisch für die Art, wie auch nach der Aufhebung des Diktaturparagraphen bei uns regiert wird. Stephany hat sich ein großes Verdienst erworben, daß er diese Geschichte zur allgemeinen Kenntnis gebracht hat. Wenn so etwas passiert, darf man sich über die Zunahme der Unzufriedenheit in den Reichslanden nicht wundern. — Herr Delsor sprach gegen den Antrag und sagte, er habe 1867 schon mit zwanzig Jahren gewählt und wisse daher, daß man mit 20 Jahren noch nicht die nötige Urteilskraft zum Wählen habe. 1867 war Herr Delsor Seminarist. Sollte er damals wirklich rot gewählt haben? (Heiterkeit.) Na, und um schwarz zu wählen, dazu bedarf es doch keiner so großen Urteilskraft. (Große Heiterkeit.)

Elsaß-Lothringischer Geheimrat Halley: Ich will nicht auf die Wahlrechtsfrage eingehen. Wir haben in Elsaß-Lothringen das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht für die Wahlen zum Reichstage und zu den Selbstverwaltungskörperschaften. Und da der Landesausschuß aus letzterem hervorgeht, so steht auch er in Verbindung mit dem allgemeinen Wahlrecht. Nur ein paar Worte über die sog. schwarzen Listen. Darunter versteht man Verzeichnisse derjenigen Personen, von denen unsere höchste Instanz, das Ministerium, überzeugt ist, daß sie vermöge ihrer Gesinnung, ihres Charakters, ihrer ganz besonderen Verhältnisse im Falle eines Krieges dem Feinde tätige Hilfe leisten würden. Irgend eine Unbequemlichkeit erwächst den in die schwarzen Listen Eingetragenen nicht, so lange wir Frieden haben und den Frieden, den hoffen wir ja noch recht lange zu behalten. (Heiterkeit.) Anders ist es natürlich im Falle eines Krieges. Dann heißt es: à la guerre comme à la guerre und das ist auch natürlich, denn jede Spionage, jede Sprengung eines Tunnels, eines Eisenbahngleises kann uns eine schwere Schädigung bringen. Es ist mir ein Fall bekannt geworden, daß im vorigen Jahre, als die Wogen sehr hoch gingen, infolge eines vermeintlichen Krieges sich eine gewisse Person verpflichtete, sofort bei der Mobilmachung ein bestimmtes Gleise zu sprengen. Es ist natürlich, daß der Betreffende in die Listen eingetragen wurde. Ich hoffe aber, daß je mehr die Ruhe im Lande einkritt, desto mehr diese Gefahr verschwinden wird, und ich werde die Stunde am meisten begrüßen, wenn diese Listen nicht mehr nötig sein werden. Eins muß ich aber noch sagen: Wou all den Leuten, die der Abg. Bimmenthal vorführte, befindet sich kein einziger auf der Liste.

Abg. Bruhn (Antis.) spricht sich gegen den Antrag aus, einmal weil er zu weit ginge, zweitens könnte er ihn aber schon deshalb nicht annehmen, weil man der Großmannssucht der Sozialdemokratie keine neue Nahrung zuführen dürfe. Die Ereignisse in Hamburg und Dresden könnten die Sozialdemokraten nicht von ihren Rockschößen abschütteln. Deshalb könne man nur ein glattes Nein sagen, die Politik der Straße dürfe man nicht mitmachen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060215023/fragment/page=0001

Abg. Dr. **Semler** (nl.): Die Herren **Bernstein und Bebel haben gegen die Hamburgische Bürgerschaft schwere Angriffe gerichtet. Ich bitte das hohe Haus, sich nicht beeinflussen zu lassen. Es ist von den Herren gesagt, die Hamburgischen Pfeffersäcke haben in gewissenloser Weise in die Rechte des Volkes eingegriffen.** (Sehr richtig bei den Soz.) Ueber das Wahlrecht in Hamburg hat man hier im Reichstage nicht zu beschließen, das ist Sache der Hamburger Bürgerschaft und des Senats. Wenn wir aber das Recht der Kritik hier für uns in Anspruch nehmen, so darf das nur mit Sachkunde und Gerechtigkeit geschehen. Sachkunde dafür zu haben ist für dieses Haus völlig unmöglich, weil es sich gar nicht in die Einzelheiten vertiefen kann. Außerdem möchte man doch auch noch etwas historisches Verständnis mitbringen und endlich auch eine jahrelange Erfahrung. Die Sachkunde des Herrn Bebel ist ganz sicher nicht weit her. Sie ist mindestens um 10 Jahre zurück, wie aus Einzelheiten seiner Ausführungen hervorgeht. Schwer ungerecht war es auch, als Herr Bebel von einer „Flucht der Bourgeoisie zur Cholerazeit" sprach. Bei der ersten Bürgerschaftssitzung waren alle Plätze besetzt, mit Ausnahme der Kranken. Noch ungerechtfertigter war es, von der rücksichtslosen Macht der Pfeffersäcke zu reden. Die Absicht der Wahländerung war auch nicht, ungerechtfertigtem Machtgefühl Ausdruck zu geben. Die Majorität war bis zum letzten Augenblick zweifelhaft, aber die 120 Mann, die sich da zusammengefunden haben, haben nur gehandelt aus der bitteren Notlage ihrer Anschauung heraus. Schlimm genug ist es, daß die Sozialdemokraten durch ihre schwarzen Listen und ihren Boykott und ihre Zeitungsartikel einen Druck auf harmlose Menschen ausgeübt haben. Man kann zweifelhaft sein, ob der Weg der richtige war. Aber niemals war das Verantwortungsgefühl in der Hamburger Bürgerschaft ein so angespanntes, wie gerade in dieser Zeit. Und man darf nicht die Hamburgische Bürgerschaft als Pfeffersäcke, als gewissenlose Gesetzgeber verdächtigen. Das ist weder gerecht, noch politisch klug. (Beifall bei den Nationalliberalen. Lachen bei den Soz.)

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Antis.): Auch wir sind Gegner des preußischen Wahlrechts. Aber mit solchen Anträgen schadet man nur seiner Reformierung. Herr Bebel hat uns mehr als zwei Stunden gelangweilt. (Heiterkeit.) Er hat die baltischen Pioniere deutscher Kultur in den Ostseeprovinzen aus purer Unkenntnis beschimpft. Das ist unter aller Kritik. Das Reichstagswahlrecht soll erhalten bleiben. Aber in das Wahlrecht der Einzelstaaten soll man von Reichs wegen nicht eingreifen.

Abg. Dr. **Müller** (fr. Vp.) nimmt die Berliner Lehrer gegen den Vorwurf der Voreiligkeit in Schutz. Die Lehrer hätten nichts anderes getan, als die Schüler davor gewarnt, am 21. auf die Straße zu gehen.

Abg. Dr. **Hermes** (fr. Vp.) weist den Vorwurf zurück, als ob die Berliner freisinnige Stadtverordnetenmehrheit einen Terrorismus bei den Wahlen ausübte und konservative Handwerker boykottierte.

Damit schließt die erste Beratung des Antrags. Die zweite wird ohne Kommissionsberatung im Plenum stattfinden. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Reichsbanknotengesetz und Etat des Reichsamts des Innern.)

Schluß 6½ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung.")

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 14. Februar. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Delbrück u. a.

Die zweite Beratung des Etats der **Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung** wird fortgesetzt mit der allgemeinen Besprechung über den Einnahmetitel „Bergwerke".

Abg. **Korfanty** (Pole) dankt dem Minister dafür, daß er auf den staatlichen Werken nicht das Tantiemensystem für die Beamten einführen will. Ein Grund für die Zunahme der sozialdemokratischen Wähler liege in der Unzufriedenheit darüber, daß man den Arbeitern nicht gestattet, sich zu organisieren. Selbst christliche Organisationen werden verboten. Im höchsten Maße terrorisiert würden die Arbeiter durch die über 100 Paragraphen umfassende Arbeitsordnung. Uebertretungen würden dadurch geradezu herausgefordert, wegen deren dann die Grubenverwaltung an den Arbeitern niedrige Rache nehme.

Präsident **v. Kröcher**: Soviel ich verstanden habe, hat der Vorredner gesagt, die Regierung habe an den Arbeitern eine niedrige Rache geübt.

Abg. **Korfanty**: Ich habe nicht gesagt, die Regierung, sondern die Grubenverwaltung habe an den Arbeitern niedrige Rache geübt.

Präsident **v. Kröcher**: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Minister **Delbrück** bemerkt, die Arbeitsordnungen könnten nur aus bestimmten gesetzlichen Gründen beanstandet werden. Die Arbeitszeit in Oberschlesien sei durch die neue Arbeitsordnung nicht verlängert, sondern im Durchschnitt verkürzt worden. (Redner weist dies durch eine tabellarische Uebersicht nach.) Natürlich könne man eine Arbeitsordnung in freundlichem und unfreundlichem Sinne handhaben. Solange aber die Arbeiter alle Maßnahmen der Arbeitgeber tadeln, so lange sie jede Freundlichkeit des Arbeitgebers als das Ergebnis eines den Arbeitern zustehenden Rechts beurteilen, so lange sie die wirtschaftlichen Forderungen mit politischen verquicken, so lange können sie nicht erwarten, daß die Arbeitgeber ihnen gegenüber mit Liebe und Freundlichkeit verfahren. (Beifall.) Diese kann die Aufsichtsbehörde den Arbeitgebern nicht aufoktroyieren. Natürlich wird die Regierung alles tun, um ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herzustellen.

Abg. **Barter** (fk.) scheint sich gegen den gestern vorgeschlagenen Ausfuhrzoll auf Kali zu wenden, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Abg. **v. Eynern** (nl.) kommt auf die Ursachen des großen Bergarbeiterstreiks zurück. Unverständlich sei es, warum der Staat, statt seine großen Kalifelder auszubauen, zu hohem Preise die Herzynia ankaufen wolle. Das Mutungsgesetz habe das Gegenteil von dem bewirkt, was damit bezweckt gewesen. Unsere sozialpolitische Gesetzgebung habe dahin geführt, daß die Arbeiter sich immer mehr die sozialdemokratischen Forderungen zu eigen machen. Man möge also langsam vorgehen. Die fortgesetzten sozialpolitischen Anträge im Reichstage geben zu Bedenken Anlaß. Der Industrie seien schon genug Lasten auferlegt. Der Arbeitgeberstand sei infolge des Wahlrechts fast von der Vertretung im Reichstage ausgeschlossen. Das sei das größte Unglück, was über Deutschland gekommen sei, denn nun sei die Sozialdemokratie die Lenkerin des Reichstags. (Es sei endlich die Zeit gekommen, wo auch die Wünsche der Arbeitgeber berücksichtigt werden müssen. Er sei überzeugt, daß seine Worte in den weitesten Kreisen der Industrie lebhaften Anklang finden werden. (Beifall.)

Minister **Delbrück**: Ich eine Anweisung an das Oberbergamt, in Sachen der „Borussia" eine genaue Darstellung des Ganges zu geben, habe ich Abstand nehmen zu können geglaubt, nachdem ich das, was tatsächlich feststeht, dem Hause eingehend dargelegt habe. Alles weitere wird ja durch die Gerichtsverhandlung festgestellt werden. Das eine aber, glaube ich, ist jetzt schon sicher, daß ein Verschulden der Zechenverwaltung in dem Umfange, wie es die Presse behauptet hat, nicht vorliegt. Ich habe die Oberbergämter angewiesen, in Zukunft bei Vorkommnissen ähnlicher Art die Presse mit rein tatsächlichen Informationen zu versehen. Darüber hinaus kann ich natürlich nicht gehen. Ich kann nicht meine Behörden beauftragen, gewissermaßen ihrerseits die Unternehmer zu verteidigen. Was das Fernbleiben von Arbeitern von den Untersuchungskommissionen aus Anlaß des letzten Bergarbeiterstreiks betrifft, so ist es nicht gelungen, festzustellen, daß tatsächlich Arbeiter wegen ihrer Auslagen gemaßregelt sind. Sache derjenigen, die das behauptet haben, wird es sein, den Beweis dafür zu erbringen. Auf die Kritik des Vorredners an den Ausführungen des Grafen Posadowsky im Reichstage gehe ich nicht ein. Es wäre besser gewesen, wenn die Kritik dort geübt wäre, wo der Minister in der Lage ist, selbst zu antworten. Was über die Herzynialage brauche ich nicht zu reden. Ich weiß warten, bis die Vorlage Ihnen zugegangen ist. — Einige Worte über die **Heimarbeiterfrage** (Zurufe: Das gehört nicht zum Bergetat). Nun, auch in der Bergesindustrie werden Heimarbeiter beschäftigt. (Heiterkeit.) Wenn man die Ergebnisse der Heimarbeits-Ausstellung genau ansieht, so tritt hervor, daß neben sehr unzureichenden Proben, deren Ursachen wir ohne weiteres nicht ergründen können, auch recht anskömmliche gezeigt worden. Der Zweck der Veranstaltung ist nur gewesen, überhaupt einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse der Heimarbeit hinzulenken, und das ist vielleicht nicht unberechtigt gewesen (Sehr richtig, links), denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß es vielleicht keinen Zweig unserer heimischen Arbeit gibt, der sich in seinen Einzelheiten unserer Kenntnis so sehr entzieht. (Sehr richtig.) Ich halte es für wichtig, wenn die Behörden diese Ausstellung zur Veranlassung nehmen, zunächst einmal sich genau über die Verhältnisse in der Heimarbeit zu informieren. Erst dann wird man prüfen können, ob die Verhältnisse so schlecht sind, wie sie jetzt dargestellt werden und wieweit es möglich ist, eine Besserung eintreten zu lassen. In der öffentlichen Meinung hat man sich daran gewöhnt, die Arbeitgeber als rücksichtslose, reaktionäre Menschen anzusehen. Das ist beklagenswert und nicht richtig. (Lebh. Zustimmung rechts.) Das, was die Arbeitgeber für die Arbeiter freiwillig und über das hinaus getan haben, was das Gesetz von ihnen verlangt, ist außerordentlich viel; es ist mehr, als in irgend einem anderen Lande der Welt geschehen ist. (Sehr richtig!) Aber man sieht nur den Schatten, aber nicht das Licht; wie denn überhaupt in dem ganzen **wirtschaftlichen Kampfe das ethische Moment künstlich ausgeschaltet** wird. (Sehr richtig!) Alles wird gefordert, und was aus gutem Herzen gegeben wird, gilt dann als mangelhafte Erfüllung einer derjenigen Pflicht und Schuldigkeit. (Sehr wahr!) Die Folge ist — seien wir einmal ehrlich — auch für die Unternehmer eine gewisse Schwierigkeit, an den sozialen Fragen die richtige Stellung zu nehmen. **Sie fühlen sich dauernd angegriffen und verlieren die Lust**, mit frohem Herzen auf sozialem Gebiete mitzuarbeiten. (Sehr richtig!) Ich erkenne gern an, daß der Industrie manche Schwierigkeiten aus der Durchführung der Sozialpolitik erwachsen, daß manche Eingriffe in die Betriebe damit verbunden sind, die sich bei anderer Gestaltung der Gesetzeiten vielleicht hätten vermeiden lassen, aber über diese Schwierigkeiten kommen wir nur hinweg, wenn die Unternehmer selbst über ihre schlechte Laune hinwegkommen und das eine anerkennen, daß die **sozialpolitische Gesetzgebung** nicht mit einem Male abgeschlossen werden kann, sondern der **weiteren Ausgestaltung** bedarf. Dabei ist ein Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Regierung höchst erwünscht, aber, so sehr ich es selbst anstrebe, die Voraussetzung dafür ist, daß auch die Arbeitgeber ihre Aeußerungen in diesen Dingen auf einen Ton stimmen, der ein Zusammengehen mit ihnen ermöglicht, der die Regierung in die Lage setzt, nicht im Widerspruche, sondern in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung auch die **Interessen der Arbeitgeber** zu vertreten. Hier spielt weniger das Maß des Gebens oder Nehmens als der Ton eine Rolle, und es würde mich freuen, wenn er so gestimmt wäre, daß es uns gelänge, zum Wohle des Vaterlandes auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge mit den Arbeitgebern Hand in Hand zu gehen. (Beifall.)

Abg. **Brust** (Zentr.): Herr von Eynern schelnt alle für Sozialdemokraten zu halten, die sich der Arbeiter annehmen; ich verzichte darauf, ihm zu antworten. Die neue Arbeitsordnung widerspricht ganz zweifellos zum Teil den Bestimmungen der vorjährigen Bergegesetznovelle, namentlich den Vorschriften über die Länge der Arbeitszeit. Den Arbeiterausschüssen hat die Verwaltung durchaus kein Entgegenkommen bekundet. Die Bergarbeiter wollen als gleichberechtigter Faktor anerkannt sein, und so lange das nicht geschehen ist, wird Ruhe und Friede nicht zu erlangen sein.

Oberberghauptmann **von Velsen** erwidert, er wolle nicht auf Einzelheiten eingehen. Bei einer **Neuordnung der Verhältnisse** würden alle gegebenen Anregungen erwogen und soweit wie möglich berücksichtigt werden.

Abg. **Macco** (nl.): Die allgemeinen Beschwerden des Abg. Brust sind nur dazu geeignet, Unzufriedenheit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern hervorzurufen. Seine Angaben sind durchaus nicht zutreffend. Zum Worte habe ich mich nicht gemeldet, um Einspruch zu erheben gegen gewisse Tatsachenrügen, die in diesem Etat enthalten sind und dazu beitragen können, die Ergebnisse des Betriebes zu verschlechtern. So ist es durchaus nicht zu billigen, daß die Kosten für eine Reihe von Neubauten aus laufenden Mitteln bestritten werden. — Dann möchte ich noch meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß Herr Gamp das vorjährige Mutungsgesetz für unwirksam erklärt hat. Er habe es doch selbst in die Wege geleitet.

Oberberghauptmann **von Velsen** erwidert, der Etatsaufbau geschehe nach Grundsätzen, die die Budgetkommission von jeher gebilligt habe. Schon früher einmal seien Einwürfe, wie sie heute der Vorredner vorbrachte, von der Mehrheit der Budgetkommission nicht anerkannt worden. Von dem vorjährigen Antrage Gamp bedauere er, daß ihn der Landtag nicht in derselben Form angenommen habe, wie er gestellt war.

Abg. Dr. **v. Campe** (nl.) begrüßt es lebhaft, daß das Kalimonopol nicht auf Hannover ausgedehnt werden soll. Die kleinen Händler müßten denselben Rabatt erhalten wie die Genossenschaften. Gerade die kleinen Landwirte pflegten von kleinen Händlern zu kaufen, und so würden durch eine solche Rabattgewährung an die Händler indirekt auch die kleinen Landwirte begünstigt werden.

Abg. **Hoyermann** (nl.) bittet, nach Möglichkeit die Kaliausfuhr zu fördern. Wir haben Kali genug für tausende von Jahren und könnten dem Auslande davon abgeben, so viel es nur will. Leider ist unsere Kaliausfuhr noch immer viel zu gering. Redner führt sodann Beschwerde über die Schwierigkeiten, die das Kalisyndikat den eintretenden Werken bei der Kontingentierung mache.

Abg. Dr. **v. Wayna** (freikons.) bittet den Minister um möglichst ausgiebige Vermehrung unserer Bodenbeschaffenheitskarten sowie um baldige Erweiterung der geologischen Landesanstalt.

Abg. **Prietze** (nl.) tritt für die Gehaltsaufbesserung der Bergbeamten ein. Sodann tritt Redner für die weitere Ausgestaltung der Arbeiterfürsorge ein.

Abg. **Hansmann** (nl.) tritt für eine Besserstellung der Beamten im Oberbergamtsbezirk Clausthal ein.

Abg. Dr. **Voltz** (nl.) tritt für eine Gehaltserhöhung der mittleren und oberen Werksbeamten ein; insbesondere sei es nötig, die Steiger besser zu stellen.

Abg. **Marx** (Ztr.) unterstützt die Anregung des Vorredners.

Abg. Dr. **Voltz** (nl.) polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Goldschmidt über die Löhne auf den fiskalischen Werken in Oberschlesien.

Abg. **Dasbach** (Ztr.) zieht einen Vergleich zwischen den Löhnen in Oberschlesien und im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Eine richtige Sozialpolitik müsse im Arbeitnehmer einen dem Arbeitgeber gegenüber gleichberechtigten Mann erkennen, der in die Lage versetzt werden müsse, eine Familie zu ernähren. Gewiß bestünden dankenswerte Wohlfahrtseinrichtungen, aber das entbinde die Regierung nicht von ihrer Pflicht, im Saarrevier die Löhne auf die gleiche Höhe zu bringen wie im Ruhrrevier, denn das Leben sei dort ebenso teuer. In anderen Industrien würden höhere Löhne gezahlt als in den fiskalischen Werken an der Saar. Der Fiskus sei sehr wohl in der Lage, höhere Löhne zu bewilligen, da die Gruben im Saarrevier recht erhebliche Ueberschüsse lieferten.

Oberberghauptmann **v. Velsen** erwiderte, die Löhne an der Saar seien allerdings nicht so hoch wie in Westfalen, aber an der Saar liege die Verhältnisse für die Arbeiter auch ganz anders, es seien mehr landwirtschaftlich gearbeitete Verhältnisse, die Leute seien ansässig und könnten viel für sich arbeiten. Die Löhne seien auch durchaus nicht niedrig, sie stellten sich im Durchschnitt auf 4½ Mark.

Die Beratung wird abgebrochen. Um 7½ Uhr wird sie fortgesetzt werden.

Schluß gegen 4¾ Uhr.

*

Abendsitzung vom 14. Februar, 7½ Uhr.

Am Ministertische: Delbrück u. a.

Nach längerer Debatte wird das Kapitel bewilligt, ebenso das Kapitel Bergtechnische Lehranstalten und auch das Kapitel Sonstige Verwaltungs- und Betriebsausgaben. Damit sind die ordentlichen Ausgaben erledigt, der Rest des Etats wird ohne weitere Debatte bewilligt.

Das Haus geht über zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. Beim Kapitel „Einnahmen" spricht

Abg. **Felisch** (dk.) sich für einen weiteren Ausbau der Baugewerksschulen aus.

Minister **Delbrück**: Der Herr Vorredner wünschte einen fünften Kursus in den Baugewerkschulen. Das Landesgewerbeamt befaßt sich bereits mit einer Neueinteilung des Lehrplans. Die ganzen Lehrpläne sollen weniger akademisch als praktisch eingerichtet werden, auch ist eine Selekta für einzelne Schulen in Aussicht genommen. Die Berechtigung zum einjährigen Dienst zu geben, habe ich Bedenken im Interesse der Schüler und der Schule selbst.

Nach längerer Debatte werden die Einnahmen bewilligt.

Die weitere Beratung des Etats der Handelsverwaltung wird auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Präsident von **Kröcher** erklärt, wenn dieser Etat morgen nicht erledigt werde, müsse er wieder eine Abendsitzung vorschlagen.

Schluß 10 Uhr.

Ausland.

Die Marokko-Konferenz.

Eine Kundgebung der ungarischen Koalition?

Die Pariser Presse begrüßt, wie ein Telegramm aus Paris an die „Neue Freie Presse" zu melden weiß, mit besonderer Befriedigung eine aus Anlaß der Marokko-Konferenz **gegen Deutschland gerichtete Kundgebung der ungarischen Koalition.** Wie dem „Ungarischen Telegr.-Korresp.-Bureau" aus ungarischen Regierungskreisen gemeldet wird, hat man durch von solchen Kundgebungen der Koalition kehrerlei amtliche Kenntnis, und man zweifelt um so mehr daran, daß solche Kundgebungen von der Koalition ausgegangen seien, als deren Führer Franz Kossuth und Graf Julius Andrassy in der Oeffentlichkeit sich stets als Verfechter der Dreibundpolitik bekannt haben. Sollte eine solche Kundgebung dennoch im Namen der Koalition ergangen sein, so könnte man zweierlei annehmen, entweder daß die Führer der Koalitionsparteien auch in der auswärtigen Politik eine ihrer Vergangenheit widersprechende Haltung eingenommen haben, oder daß einzelne Politiker aus dem Koalitionslager den Namen der Koalition bei den bezüglichen Kundgebungen mißbraucht haben. Im übrigen sprechen diese Kundgebungen, wie aus dem erwähnten Telegramm hervorgeht, von einem Bruche zwischen Ungarn und der Dynastie. Wenn das richtig ist, so würde sich diese Manifestation gar nicht gegen Deutschland richten, sondern sie würde einfach einen Akt des **Hochverrats** bedeuten. Die ungarische Regierung wird unverzüglich Schritte tun, um zu ermitteln, ob tatsächlich ein solches Verbrechen begangen wurde, und wenn ja, das mit aller Strenge des Gesetzes ahnden.

*

Der „Standard"-Korrespondent in **Algeciras** ist in der Lage, mitzuteilen, die schließliche Lösung der Schwierigkeiten werde von **Amerika** kommen. Der amerikanische Vertreter White warte nur auf den geeigneten Augenblick, um einen Vorschlag vorzubringen, der, wie man glaube, sowohl **für Deutschland** wie **für Frankreich annehmbar** sein würde. Der Korrespondent hat die Ermächtigung, mitzuteilen, daß White der Ansicht ist, ein erfolgreicher Ausgang der Konferenz dürfe zuversichtlich erwartet werden. Auch der russische Graf Cassini äußerte sich hoffnungsvoller als je vorher.

Die Krisis in Ungarn.

Graf Apponyi erklärte in einer Ansprache an eine Deputation der Stadt Nagy-Banya, die ihm und anderen Führern der Koalition das Diplom als Ehrenbürger überbrachte, er glaube, es nahe der traurige Augenblick, wo der **Reichstag aufgelöst** und die **Preßfreiheit** und das **Versammlungsrecht verletzt** werden würden. Er hoffe, daß die Nation diese Prüfung tapfer bestehen und die öffentlichen Freiheiten, falls sie unterdrückt werden sollten, wiedererlangen werde.

Die Parteiorganisation in England.

Der englische **Premierminister Campbell-Bannerman** hielt gestern abend im National-Liberal Club in London eine Rede, in der er seine Zuhörer versicherte, die Thronrede werde nichts Ueberraschendes für sie bringen. Der Minister fuhr dann fort, Chamberlain habe auf ein Uebel hingewiesen; sein Heilmittel aber sei schlimmer als das Uebel. Die Liberalen hätten andere Heilmittel. Schließlich behauptete Campbell-Bannerman, es sei möglich, daß sich Schwierigkeiten infolge von Mißverständnissen mit den Arbeiterparteien ergeben könnten; doch glaube er, daß das Parlament durch ihren Eintritt gewinnen werde.

*

Lord **Balfour** richtete an **Chamberlain** ein Schreiben, in dem er sich dahin ausspricht, die ausdauernde Tätigkeit der Unionisten müsse in erster Linie der **Fiskalreform** gewidmet bleiben. Es sei gegen die Einführung eines mäßigen Generaltarifs auf ausländische Fabrikate sowie gegen einen niedrigen Zoll auf ausländisches Getreide nichts einzuwenden, und beide sollten angenommen werden. In seinem Antwortschreiben sagt Chamberlain: „Ich stimme Ihnen freudig zu, nehme die von Ihnen angegebene Politik an und meine Dienste sollen gänzlich zu Ihrer Verfügung stehen."

Die Wirren in Rußland.

25 russische Rekruten erfroren.

Aus Bugulma (Gouvernement Samara) wird gemeldet: 425 **Rekruten** erhielten den Befehl, einen Marsch nach Buguruslja zu unternehmen. Infolge eines furchtbaren Schneesturmes hatten die Rekruten um Aufschub, doch wurde dieser nicht bewilligt und der Marsch in **leichter Kleidung** angetreten. Von den Rekruten sind unterwegs 25 erfroren, ein großer Teil des Restes erreichte das Ziel mit Frostwunden bedeckt. Die Bevölkerung hat eine Beschwerde an den Kriegsminister eingereicht.

Rußlands Kriegskosten.

Nach dem Berichte des Reichskontrolleurs betrugen die russischen Kosten des **ostasiatischen Krieges** 1,966,600,000 Rubel. Davon entfallen 840 Millionen auf das Jahr 1904, der Rest auf das Jahr 1905. Den größten Teil des Kostenbetrages des Jahres 1905 bilden Auslagen für die Vorbereitung, Abfertigung und Fahrt des **Roschdjestwensky-Geschwaders**. Demnach muß das Roschdjestwensky-Abenteuer mindestens

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060215023/fragment/page=0002

600 Millionen Rubel gekostet haben; welch riesige Summen müssen dabei in unrechte Taschen gelangt sein!

Roschdjestwensky in Tränen.

Anläßlich eines Vortrages im Flottenverein in Petersburg über die Seeschlacht bei Tsushima erhob sich der im Auditorium anwesende Admiral Roschdjestwensky zu einer Entgegnung, in der er ausführte: „Die Japaner haben in der Schlacht keine Unterseeboote gehabt, dagegen eine Art fliegender Torpedos, welche den Untergang der russischen Flotte mit herbeiführten. Wer am Untergang schuld ist, wird die Geschichte feststellen. Vielleicht bin ich der Hauptschuldige, doch kann ich auch sagen, daß meine Mitadmirale im gefährlichsten Augenblick der Schlacht versagten. Mir ist der Gedanke an die vielen auf dem Meeresgrunde liegenden Opfer furchtbar, doch schwöre ich, daß keiner von der untergegangenen russischen Mannschaft bestohlen wurde, wie der Redner ausführte." Der Admiral brach bei diesen Worten in Tränen aus.

*

In der Wohnung eines Druckereiarbeiters in der Gazetnajastraße in Moskau wurde gestern ein revolutionäres Komitee, das gerade eine Sitzung abhielt, verhaftet. Fünf Personen, darunter zwei Studenten und eine Studentin, wurden festgenommen. Die vorgefundenen Schriftstücke wurden beschlagnahmt.

Eine in der Khmelnitzkyschen Apotheke in Kiew vorgenommene Haussuchung führte zur Entdeckung vieler revolutionärer Schriften und 60 Tabletten Schießbaumwolle.

Gestern versuchten drangen in Riga einige Leute in die Wohnung einer jüdischen Witwe ein und knebelten die Dienerin. Hierauf ermordeten sie die Witwe, plünderten die Wohnung und brachten sich dann in Sicherheit.

Der russische Reichsrat nahm am Mittwoch kein neues Gesetz an, das über die Abhaltung von Versammlungen Bestimmungen trifft. Das bezügliche Gesetz vom 25. Oktober 1905 wird abgeschafft. Das neue Gesetz bestimmt, daß Versammlungen von Wählern ersten Grades ohne Anwesenheit eines Vertreters der Polizei tagen können; nur muß die Polizei vorher benachrichtigt werden. Die Wähler zweiten Grades sind befugt, sich ohne Anmeldung bei der Polizei zu versammeln. Das neue Gesetz soll in den nächsten Wochen verkündigt werden.

Die Unruhen in Macedonien.

Am 4. d. M. hat eine griechische Bande in dem bulgarischen Bezirk Perlepe, Wilajet Monastir, slawische Kirchenbücher verbrannt, 13 angesehene Einwohner erschossen und drei schwer verwundet. Der Generalinspektor hat die strenge Verfolgung der Bande angeordnet.

Araberaufstand in Yemen.

Das türkische Kriegsministerium hat keine Bestätigung darüber erhalten, daß der Generalstabschef der Yemen-Armee, General Izzet, gefallen sei. — Ueber die letzte türkische Schlappe in Yemen verlautet, daß von den Aufständischen eine Proviantkolonne abgefangen und daß die zur Hilfeleistung herbeigeeilten vier Bataillone eingeschlossen worden seien, wobei General Riza gefallen sei. Die Befreiung erfolgte, wie es weiter heißt, durch Marschall Achmed Feizi Pascha, welcher mit zwei Bataillonen herbeigeeilt war, infolge der erlittenen Verluste jedoch bis Sana zurückgehen mußte, wo eine neue Expedition vorbereitet wird.

Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Abgeordnetenhaus begann gestern die zweite Lesung der Rekrutenkontingentsvorlage.

Griechenland.

Die griechische Deputierten-Kammer ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen sind auf den 8. April anberaumt worden, während die Einberufung der Kammer auf den 3. Mai festgesetzt ist.

Provinzialnachrichten.

* **Vom Brocken**, 14. Febr. [Witterungsbericht.] Am Montag morgen durchbrach die Sonne den Nebelschleier und brachte teilweise klares schönes Frostwetter, das mit wenig Unterbrechung heute noch anhält. Während am 12. die Aussicht in die Ebene durch einen Dunstkreis beschränkt war, eröffnete sich gegen Mittag über die schneebedeckten Harzberge ein schöner Ausblick. Da der Wind in der Regel 5 m in der Sekunde nicht überstieg, war der Aufenthalt im Freien sehr angenehm. Gestern abend und auch heute hatten wir absolute Windstille, was auf dem Brockengipfel äußerst selten vorkommt. Gestern wurde ein prachtvoller Sonnenuntergang beobachtet, der farbenprächtige Dämmerungserscheinungen im Gefolge hatte, bei denen besonders rote Töne vorherrschend waren. Heute ist der Himmel sehr stark bewölkt, und in den Tälern lagert dichter Nebel, so daß die Fernsicht vollständig abgeschnitten ist. Die noch prächtig erhaltene Rauhreiflandschaft macht den Besuch des Brockens fortgesetzt sehr lohnend, die Wege sind, z. B. von Schierke und Torfhaus herauf, durch Spuren kenntlich. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

* **Halberstadt**, 15. Febr. [Das Elektrizitätswerk.] Wie in der letzten Stadtverordneten-Sitzung erwähnt wurde, soll der Bau und die Einrichtung unseres Elektrizitätswerkes 1,920,000 M. kosten.

* **Oschersleben**, 15. Febr. [Unfall.] Gestern nacht geriet auf Grube „Marie Louise" bei Neindorf der Bergmann Julius Schulze in Berührung mit der elektrischen Stromleitung und verbrannte sich erheblich im Gesicht, so daß er sofort ins Kreiskrankenhaus zu Oschersleben aufgenommen werden mußte.

* **Magdeburg**, 15. Febr. [Stiftung. — Selbstmord.] Geh. Kommerzienrat R. Wolf stiftete aus Anlaß der bevorstehenden silbernen Hochzeit des Kaiserpaares 75,000 M. für die Wohlfahrtseinrichtungen seines Werks. — Wie schon erwähnt, hat sich am Montag vor einem Spiegel in seiner Wohnung der Leutnant Edgar Kohl erschossen. Einem Gerücht zufolge hätte K. sich Vorhaltungen, die ihm aus Anlaß der Rekrutenbesichtigung gemacht seien, zu Herzen genommen. Nach einer anderen Meldung hat er erst vor vier Monaten die Tochter eines Oberstabsarztes geheiratet. Seine Verhältnisse waren vorzügliche. Die Tat scheint in einem Anfall geistiger Umnachtung begangen zu sein.

* **Stendal**, 14. Febr. [Eingemeindung. — Abtragung eines Walls.] Durch königl. Kabinettsorder vom 29. Januar wird die Eingemeindung von Möge angeordnet. Die Stadt erhält dadurch einen Zuwachs von 1729 Einwohnern. Die Eingemeindung war von der Stadt gewünscht, vom Kreistag und Bezirksausschuß aber abgelehnt worden. — Die Abtragung des Walls an der Neuen Promenade wurde vom Minister des Innern in letzter Instanz entschieden. Der vom Magistrat geplanten Niederlegung des Walls zur Herstellung einer 8 bis 10 Meter breiten Straße wird die Genehmigung versagt mit der Begründung, daß der Minister die Durchführung der geplanten Straße auch bei Erhaltung des Walls für möglich hält. Die Abtragung des Walls vom Tangermünder Tor bis zum Hildebrandtschen Grundstück ist indessen genehmigt worden. Weiterhin erklärt sich der Minister bereit, hinsichtlich des Wallprofils Konzessionen zu machen, d. h. in bezug auf Höhe und Breite des Walls gegebenenfalls Veränderungen zuzulassen.

* **Worbis**, 15. Febr. [Elektrische Zentrale.] Die Nachbargemeinden Breitenworbis und Kirchworbis beschlossen, eine gemeinsame elektrische Zentrale für Beleuchtung und motorische Kraft zu erbauen.

* **Zahna**, 15. Febr. [Brandstiftung.] Eine Feuersbrunst brach am Dienstag früh im Klemmschen Haus am Raiffeisch aus, das von den Bauerschen Eheleuten bewohnt wird. Dem energischen Eingreifen der Feuerwehr ist es zuzuschreiben, daß nach kurzer Zeit jede Gefahr für die angrenzenden Grundstücke beseitigt war. Frau Bauer wurde noch am Mittag verhaftet, nachdem sie eingestanden, das Feuer vorsätzlich angelegt zu haben.

* **Weißenfels**, 25. Febr. [Ueber die blutige Schlägerei] in der Langendorfer Straße haben die polizeilichen Ermittelungen festgestellt, daß der Arbeiter Bierschenk nicht totgeschlagen, sondern mutmaßlich totgetreten worden ist. Außerdem wurden die Arbeiter Otto und Günther am Kopf und den Händen durch Messerstiche so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Von den an der Schlägerei Beteiligten sind sieben verhaftet und dem Gericht übergeben worden.

h. **Lancha a. U.**, 13. Febr. [Der Bankverein] hielt am Sonntag in Müllers Restaurant seine diesjährige Generalversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende Herr C. Stephan die Versammlung eröffnet, teilte der Kontrolleur Herr F. Kannegky den Geschäftsbericht mit. Die Bilanz im letzten Rechnungsjahre ergab eine Aktiva von 338,360,50 M., der Bruttogewinn eine Summe von 7529,70 M. Dem 27,342,45 M. betragenden Aktienkapital wurden 5614,70 M. zugeschrieben, so daß dasselbe jetzt 32,957,15 M. beträgt. Der Reservefonds beträgt 26,082,60 M. In den Aufsichtsrat wurden die Herren Restaurateur E. Müller, Kaufmann Rob. Kannis und Kaufmann Rud. Rühlmann wiedergewählt.

— [Personal-Nachrichten.] Der Gerichtsassessor v. Oertze" aus Rossla, zur Zeit in Aurich, ist zum Regierungsrat ernannt worden. Der Regierungsassessor Dr. Schroeppfer in Eisleben ist zum Landrat ernannt und ihm das Landratsamt im Kreise Oschersleben übertragen worden. — Der Regierungsbauführer Bernhard Fischer aus Wernshausen in Sachsen-Meiningen ist zum Regierungsbaumeister ernannt worden. Der Regierungsbaumeister des Hochbauamtes Köln ist von Merseburg nach Posen und der Regierungsbaumeister des Wasser- und Straßenbauamtes Lindstädt von Magdeburg nach Oberberg (Mark) versetzt worden.

— [Erledigte Stellen für Militäranwärter im Bezirke des IV. Armee-Korps.] 1. April und 1. Mai 1906: Aschersleben, Magistrat, zwei Stadtschutzleute; Bewerber müssen mindestens 1,72 m groß und aktiver Unteroffizier gewesen sein; Probezeit sechs Monate; nach Ablauf der Probedienstzeit zunächst auf dreimonatige Kündigung bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres, sodann auf Lebenszeit, wenn zwei Dienstjahre im Dienste der Stadt Aschersleben zurückgelegt sind; je 1250 M. Gehalt jährlich, das Gesetzlich bis zu 1850 M. bei guter Führung; die Stellen sind pensionsberechtigt, bei der Pensionierung wird die nach dem 21. Lebensjahre zurückgelegte Militärdienstzeit mit angerechnet, sobald der Beamte sich zehn Jahre im städtischen Dienste bewährt hat, Militäranwärter erhalten den Vorzug. — 1. April 1906: Burg bei Magdeburg, Magistrat, Polizeigefangenwärter, der auch zugleich Bote und Schutzmann ist; Bewerber darf nicht über 35 Jahre alt sein; Probezeit sechs Monate; auf Lebenszeit; 900 M. Gehalt und Dienstwohnung, für welche 120 M. angerechnet werden, sowie freies Heizmaterial, außerdem 10 Proz. des jeweiligen Gehalts als pensionsberechtigter Wohnungsgeldzuschuß, neben dem Gehalte besteht der Gefangenwärter 50 M. Kleidergeld pro Jahr, sowie an Sitzgebühren 15 Pf. für jeden Gefangenen und Tag, für die Verpflegung werden 40 Pf. pro Tag und Gefangenen gewährt, diese Nebenvermahmen sind nicht pensionsberechtigt, das Gehalt steigt von 3 zu 3 Jahren um je 75 M. bis zum Höchstgehalt von 1200 M. jährlich. — Sofort: Frohse (Elbe), Ortsvorstand, Polizeisergeant u. Vollziehungsbeamter; Bewerber muß mindestens 1,70 m groß sein; Probezeit sechs Monate; auf dreimonatige Kündigung; 1050 M. Anfangsgehalt, 100 M. Wohnungsgeldzuschuß und 50 M. Kleidergeld jährlich, sowie ca. 100 M. Nebenvermahmen als Vollziehungsbeamter, das Gehalt steigt von 3 zu 3 Jahren um je 100 M. bis 1350 M.; die Stelle ist pensionsberechtigt mit Hinterbliebenenversorgung, die Militärdienstzeit wird bei der Pensionierung angerechnet. — Sofort: Frohse (Elbe), Ortsvorstand, Feldhüter; jährlich 700 M., Aufsicht auf Besserung der Felder besteht nicht; alles übrige wie oben. — Sofort: Helbra a. Kyffh., Polizeiverwaltung, Polizeisergeant; Besitz des Zivilversorgungsscheins und der preußischen Staatsangehörigkeit seit zwei Jahren, mindestens 26 Jahre alt und 1,70 m groß; Probedienstzeit sechs Monate; während der Probedienstzeit besteht eintägige, jederzeit zulässige Kündigung, nach erfolgreicher Ableistung derselben erfolgt Anstellung auf Lebenszeit; pensionsfähiges Anfangsgehalt 1600 M., 1625 M. Wohnungsgeld und 75 M. Wert der Wohnung, 50 M. Kleidergelder, 40 M. Nebeneinnahmen und Entschädigung für entzogenen Dienstland in Höhe von 3,71 M. jährlich, sowie Nutzung von einem Drittelmorgen Dienstland, das Gehalt steigt von 3 zu 3 Jahren um je 50 M. bis zum Höchstbetrage von 1400 M.; die Stelle ist pensionsberechtigt, die Militärdienstzeit wird bei der Pensionierung nur den zivilversorgungsberechtigten Personen angerechnet; bei gleichen Gesuchen sind bezüglichen: Lebenslauf, Zivilversorgungsschein im Original oder beglaubigter Abschrift, militärisches Formular-Führungsattest für die ganze Dauer der Dienstzeit im Original oder beglaubigter Abschrift, event. auch orthopädisches Führungsattest für die Zeit seit dem Ausscheiden aus dem Militärdienst, Angabe des Größenmaßes, ärztliches Attest; sollten sich zu den ausgeschriebenen Stellen geeignete zivilversorgungsberechtigte nicht in ausreichender Zahl melden, so können auch nichtzivilversorgungsberechtigte Personen angestellt werden, wenn sie mindestens 26 Jahre alt, 1,70 m groß, sowie eine Militärdienstzeit von mindestens sieben Jahren nachweisen — 1. März 19 6: Cönnern, Magistrat, Stadtsekretär; Probezeit sechs Monate; auf Lebenszeit; 1440 M. Anfangsgehalt und ca. 230 M. Nebeneinnahmen, das Gehalt steigt von 2 zu 2 Jahren bis zum Höchstgehalt von 1700 M.; die Stelle ist pensionsberechtigt. — 1. Mai 1906: Halle (Saale), Kaiserliche Oberpostdirektion, der Amtsort wird bei der Einberufung bestimmt, Postschaffner; Probezeit sechs Monate; zunächst auf dreimonatige Kündigung; 900 M. Gehalt und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß; Meldungen versorgungsberechtigter Personen sind an die Kaiserliche Oberpostdirektion in Halle (Saale) zu richten.

* **Eichenberg**, 15. Febr. [Verschüttet.] In einem Basaltbruch bei Adelebsen wurden am Montag nachmittag drei Arbeiter, die mit Bohren von Sprenglöchern beschäftigt waren, durch plötzlich abrutschende Erd- und Steinmassen mit in die Tiefe gerissen und verschüttet. Alle drei wurden schwer verletzt und mußten sofort in die Klinik nach Göttingen geschafft werden.

⊙ **Leipzig**, 14. Febr. [Selbstmordversuch eines Gymnasiasten.] Allem Anschein nach aus Furcht vor schlechten Zensuren schoß sich heute in einem Klassenzimmer des Staatsgymnasiums der 16jährige Schüler Hohenbaum eine Kugel in die Stirn. Er wurde schwer verletzt nach dem Krankenhause gebracht, wo an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

⊙ **Zwickau**, 14. Febr. [Nach dem Tode entlarvt.] Am Sonntag verstarb nach kurzem Krankenlager der zweite Direktor der Zwickauer Bank und zweite stellvertretende Vorsitzende der Handelskammer in Plauen, Julius Stohn. Wie sich jetzt herausstellt, hat Stohn bei Lebzeiten im Einverständnis mit dem Kassierer der Bank Unterschlagungen in bedeutender Höhe begangen. Der Kassierer erstattete selbst Anzeige von den Verunreinungen bei der Staatsanwaltschaft, indem er gleichzeitig erklärte, keinen Nutzen davon gehabt zu haben. Stohn hörte der Bank seit 1885 an, war seit 1901 Mitdirektor und bezog ein Gehalt von 8000 M.

Gerichtsverhandlungen.

Brüssel, 13. Febr. Eine Woche lang wurde der Vatermord von Herinnes, worüber wir vor kurzem berichtet haben, unter ungeheurem Andrange des Publikums aller Klassen vor dem Schwurgerichte verhandelt. Das Ergebnis ist, daß die Frau und der älteste Sohn Charles Louis des ermordeten Landwirts Bauwers des Mordes für schuldig befunden, dagegen der jüngere Sohn Leon freigesprochen wurde. Die Frau und Charles Louis wurden zum Tode verurteilt, Leon wird bis zur Volljährigkeit in einer Besserungsanstalt untergebracht. Das Gericht wird zu Gunsten des Charles Louis ein Begnadigungsgesuch an den König richten. Damit wird gesagt, daß das Gericht von den beiden Verurteilten den Sohn für den minder Schuldigen ansieht, obgleich dieser die Tat, zu der die Mutter ihn angestiftet hat, begangen hat. König Leopold ist übrigens ein Gegner der Todesstrafe und wird vermutlich beide Verurteilte begnadigen.

Vermischtes.

Die Arbeiten zur Bergung des untergegangenen Torpedoboots „S 126", das durch ein unten durchgesteiftes Netz von Stahltrossen in zwei Teilen gehoben werden soll, haben durch die ungünstige Witterung der letzten Zeit abermals eine Unterbrechung erfahren. Inzwischen ist der Hebungsprahm „Unterelbe" des Nordischen Bergungsvereins auf der Reede von Schleimünde vor Anker gegangen. Dort hat das Schiff einen Mann seiner Besatzung durch einen Unglücksfall eingebüßt. Als der Schiffsfoch Bratherling am Schluß seines Landurlaubes sein Boot vorfand, mit dem er wieder an Bord hätte gelangen können, machte er den Versuch, zum Schiffe zu schwimmen, wobei er seinen Tod in den Wellen fand.

Ein neues Warenhaus in Berlin W.? Wie die „Deutsche Fleischer-Ztg." erfährt, hat in Berlin die Firma Wertheim das Grundstück „Hotel Sagonia" in der Königgrätzerstraße für 1½ Millionen Mark erworben.

Ueberfahren. In Berlin am Halleschen Tor wurde Mittwoch vormittag der leitende Arzt des städtischen Krankenhauses in der Gitschinerstraße, Prof. Dr. Moritz Litten, durch eine übermäßig schnell um die Ecke biegende Kutsche überfahren und innerlich verletzt.

Selbstmordversuch eines Feldmarschall-Leutnants. In Krems hat sich der Feldmarschall-Leutnant a. D. Emil Nestor auf einer Bank der Promenade unweit der Strafanstalt Stein angeschossen und tödlich verletzt.

Ermittelt. Der Aufenthaltsort des flüchtigen bankerotten Getreidemaklers Samson, in Firma Gebrüder Samson aus Norden, ist in Athen ermittelt worden.

Erdbeben. Gestern abend 11 Uhr wurde in Catanzaro und in der Umgegend eine starke Erderschütterung verspürt, die sechs Sekunden andauerte.

Standesamtliche Nachrichten.

Standesamt Halle N. (Burgstr. 38), 14. Februar.

Aufgeboten: Betriebsingenieur Johannes Stephan und Elise Hinsche geb. Meyer Brandenburgerstr. 2 und Richard Wagnerstraße 12). Uhrmacher Max Werner und Martha Blenert (Leipzig und Schleifweg 9). Eisengießereiarbeiter Walter Schulze und Berta Albrecht (Gr. Gosenstr. 20 und Adolfstr. 2). Lehrer Wilhelm Sitte und Hedwig Brendecke (Reuden und Viktor Scheffelstraße 14).

Eheschließung: Feldwebel im Füsilier-Regiment Nr. 36 Hugo Ortmann und Klara Ehrlich (Dessauerstr. 70 und Breiteiche. 16).

Geboren: Bahnarbeiter Ernst Prinz S., Ernst (Cröllwitzerstr. 10). Topezierer und Dekorateur Heinrich Wandtowsky T., Alice (Schillerstr. 57). Rittergutsbesitzer Max Kramer aus Balzen T. (Lafontainestr. 3). Eisendreher Paul Groh S., Kurt (Zielenstr. 38).

Gestorben: Witwe Thekla Fulda geb. Seibler, 87 J. (Laurentiusstr. 2). Ingenieur Gustav Mohs aus Großkühnau, 38 J. (Nervenklinik).

Standesamt Halle S. (Steinweg 2), 14. Februar.

Aufgeboten: Ingenieur Georg Francke u. Emilie Läßig (Kölnerkreuzfeld u. Pfännerhöhe 26). Arbeiter Karl Kruschel u. Lulie Borvitz (Friedrichstr. 2 und Gerberstr. 13). Klempner Reinhold Weber u. Frieda Thielemann (Merseburgerstr. 16 und Zwingerstraße 17). Gelbgießer Oskar Wöfer u. Auguste Nehulig (Kuttelhof 3 u. Spitze 5).

Geboren: Maler Paul Lorenz T., Charlotte (Kuttelhof 4). Manrer Johann König T., Wally (N. d. Universität 7). Fleischer Georg Röte S., Georg (Herbarstr. 1). Marktbeller Paul Franke S., Alfred (Jacobstr. 46). Topezierer Paul Steinkopf S., Gerhard (Beyschlagstr. 8). Topezierer Hermann Hennig T., Else (Weingarten 37). Lackierer Friedrich Senck T., Franziska (Liebenauerstr. 158). Metalldreher Paul Baldewig T., Martha (Ludwigstr. 51). Handarbeiter Friedrich Roth T., Anna (Illenstr. 15).

Gestorben: Witwe Elise Ronneburg geb. Schlegelmilch, 63 J. (Klinik). Arbeiters Gustav Kummer Ehefrau, Pauline geb. Schmuhl, 31 J. (Klinik).

Auswärtige Aufgebote.

Drogist Martin Schulze u. Brunhilde Schelbe (Cönnern und Halle).

Kirchliche Nachrichten.

Synagogen-Gemeinde: Freitag abends 5 Uhr und Sonnabend vorm. 9 Uhr Gottesdienst und Predigt. Probevortrag des Herrn Cantor H. Hirsch aus Kassel. Nachm. 3 Uhr Jugendgottesdienst.

Wetter-Aussichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte

(Nachdruck verboten.)

16. Februar: Wärmer, teils trübe, teils heiter, nahe Null.
17. Februar: Milde, wolkig mit Sonnenschein, Tags angenehm trocken.
18. Februar: Gelinde, bewölkt, meist trocken.
19. Februar: Heiter bei Wolkenzug, angenehm, Nachtfrost.
20. Februar: Frostig, wolkig mit Sonnenschein, Tags milde.
21. Februar: Veränderlich wolkig mit Sonnenschein, normale Temperatur. Windig. Strichweise Schnee.

Meteorologische Station zu Halle.

	14. Febr. 9 Uhr abends	15. Febr. 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	748,8	751,8
Thermometer Celsius	0,5	—0,4
Rel. Feuchtigkeit	90 %	100 %
Wind	SW 1	SSW 1

Maximum der Temperatur am 14. Febr. 1,2° C.
Minimum in der Nacht vom 14. zum 15. Febr.: —0,5° C.
Niederschläge am 15. Febr. 7 Uhr morgens 0,9 mm.

Leitung: Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wickmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploß; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Das Beste vom Besten — Kupferberg Gold

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060215023/fragment/page=0003

Fr. Naumann, Möbelfabrik mit elektrischem Maschinen-Betrieb

Tel.-Ruf 2203. **Halle a. S.,** Rathausstr. 14. Gegründet 1855.

Speisezimmer, Eiche, Büfett, Patentausziehtisch, 4 Stühle, Anrichtetisch, grosses Sofa mit schwerem Moquette, Sofa-Aufbau Mk. **650.**

Schlafzimmer, Satin, Nussbaum, Ankleideschrank mit Spiegel, 2 Bettstellen mit Matratzen, Waschtoilette mit Aufsatzspiegel, 2 Nachtschränke, 2 Stühle, 1 Handtuchständer Mk. **560.**

— Eine Anzahl Salon-, Speise- und Wohnzimmer-Möbel, diverse Garnituren in Seide und Plüsch zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen. —

Kgl. Conservatorium zu Dresden.

51. Schuljahr. Alle Fächer für Musik und Theater. Volle Kurse und Einzelfächer. **Eintritt jederzeit.** Haupteintritt **1. April** und **1. September.** Prospekt durch das **Direktorium.**

Oberrealschule in Weissenfels.

Das **neue Schuljahr** beginnt **am 19. April.** Anmeldungen nimmt entgegen **Der Direktor.** Dr. Löwisch.

Lebensversicher.-Gesellschaft zu Leipzig

(alte Leipziger) auf Gegenseitigkeit errichtet 1830.

Geschäftsstand Ende Dezember 1905:
88 700 Personen mit **737** Millionen Mark Versicherungssumme.
Vermögen: **272** Millionen Mark. Gezahlte Versicherungssummen: **205** Millionen Mark.

Die Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig ist bei **günstigsten** Versicherungsbedingungen **Unanfechtbarkeit** dreijähriger Policen) **eine der ältesten und billigsten Lebensversicherungs-Gesellschaften. — Alle Ueberschüsse fallen bei ihr den Versicherten zu.**

Auf die Prämien der lebenslänglichen Todesfallversicherung (ordentliche Jahresbeiträge der Tab. 1) wurden **seit 1888 unverändert** alljährlich

42% Dividende

an die Versicherten verzinst.

Nähere Auskunft erteilen gern die Gesellschaft, sowie deren Vertreter in **Halle a/S.: Hugo Klauke,** Generalagent, **Martinstr. 11,**
" " **Johannes Erbss,** " **Magdeburgerstr. 8.**

Hochrote süsse Messina-Blut-Apfelsinen,
extragrosse süsse Bombos- und Berg-Apfelsinen,
prachtvolle Mandarinen,
echt Französ. Calvillen u. Poires-Duchesses-Kabinettstücke,
Braunschweiger Gemüse- und Rheinische Frucht-Konserven, erstklassige Fabrikate,
Dunst-Früchte im eigenen Saft, für Zuckerkranke und Diabetiker, a Glas 90 Pfg.

empfehlen und versenden

Sprengel & Rink,

Inh.: **Franz Sprengels Erben & Oskar Klose.**

Buchführung

doppelt ital. 25 Mk. — einf. 15 Mk.
Nur Einzelunterricht hat Erfolg.
Jahres-Abschlüsse, Inventuren u. vollständige Neueinrichtung der Bücher übernimmt diskret und ohne jede fremde Hilfe
Friedr. Carl Beyer sen., Bücherrevisor
Seit 1888. Fernruf 1986 (Franz Weise).
Meckelstrasse 6, III.

SICHERHEITS-SPRENGSTOFF GLÜCKAUF
Bester Ersatz für Dynamit
Höchster Effekt, sowohl in der Kohle, wie im Gestein. Grösste Wettersicherheit und Lagerbeständigkeit. Keine Nachschwaden. Bedeutende Ersparnis gegen die bisher gebräuchlichen Sprengstoffe
Sprengstoffwerke „Glückauf" Act. Ges. Hamburg 19.

Waschgefäße

dauerh., bill. Kauder, Gr. Klausstr. 12.
Mitglied des Rabattsparvereins.

Feinste Thüringer
Dörr-Gemüse

stets gebrauchsfertig, unbegrenzt haltbar, direkt von der Fabrik 10 Pakete, jedes genügend zur Sättigung von 4 Personen, enthaltend: Grüne Bohnen, Karotten, Weisskohl, Wirsing, Rotkohl, Spinat, Kohlrüben, Grünkohl, Rosenkohl, Suppengemüse (Julienne).
Mk. 2.50 franko bei Einsendung des Betrages.
Nachnahme **Mk. 2.70 franko.**
Thüringer Dörr-Gemüse Akt.-Ges. Grossheringen.

Technikum Sternberg (Meckl.)

Maschinenbau, Elektrotechn., Baugew. u. Tiefbauschule, Innungsber., Staatsaufs. Tonindustrieschule.

Modernes Laboratorium
Kyffhäuser-Technikum
Frankenhausen.
Abteilung: Allgem. u. landwirtsch. Maschinenbau. — Elektrotechnik. Eisenkonstruktion.
Hoch- u. Tiefbau.

Theoret. u. praktische Ausbildung zum
Chauffeur.
Programm kostenfrei. Unentgeltl. Nachweis von tüchtigen **Chauffeuren.**
Technikum Altenburg,
Sachsen-Altenburg.

Bilz
Naturheilanstalt
Dresden-Radebeul, 3 Ärzte. Prospekte frei.
Infolge der milden Lage (Sächs. Nizza) zu
Winterkuren
besonders geeignet.

Sanatorium Dr. Preiss
seit **20** J. ärztl. Dirigent in
Bad Elgersburg im **Thür. Walde.**
Für alle Arten nervöser Leiden.

Schirmfabrik Fritz Behrens, Halle,
Gr. Steinstraße 85,
Ecke Neumhäuser.
Dauerhafte Schirme jeder Preislf. Repar. jeder Art. Ueberz. auf Wunsch in 1 St. Rabatt-Spar-Verein.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.
(Alte Stuttgarter)
— Gegründet 1854. —
— *Alle Überschüsse gehören den Versicherten.* —

Versicherungsbestand	Mark	**713 Million.**
Bankvermögen	„	**244** „
Seither f. d. Versich. erzielte Ueberschüsse	„	**125** „
Ueberschuss in 1904	„	8½ „

Bei **Erwerbsunfähigkeit** (Invalidität) **Befreiung von der Prämienzahlung.**

Die Bank wird vertragsgemäss von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen den der Kammer angegliederten Land- und Forstwirten zur Versicherungsnahme empfohlen.

Auskünfte erteilen die Generalvertreter:
Oberinspektor **Becker,** L. Wuchererstr. 70, II.
Otto Korth, Leipzigerstrasse 36.
Rob. Plötz, Bernhardystrasse 53.

Sanatorium Dr. Bunnemann
Ballenstedt a. Harz (Villa Friede)
für **Nervenleidende** und **Erholungsbedürftige.** - Alle einschlig. Kurmittel. Elektrisches Licht. Zentralheizung. Komfort. Sonnige Waldlage. Sommer und Winter besucht. **Prospekt.**

Altes Gold, Silber, Juwelen, Münzen, Platin, Zahnschiffe, Pfandscheine aller Art, **Antiquitäten** u. dgl. kauft zu höchsten Preisen **Pohlmann,** Goldarbeiter, Mittelstraße 5, II.

Damentuch,

Ia. Qualität, in **neuesten Farben** zu elegant. Promenadenkleidern, **Billardtuch** und **moderne Anzugstoffe** für **Herren** und **Knaben** versende billigst, jedes Maß. **Proben frei!**
Max Niemer, Sommerfeld N.-L.

Briketts,

nur bessere Sorten, empf. fuhrenweise
Conrad Edel, Kohlenhandlung, **Wiesenstr. 2,**
am Hettstedter Bahnhof.

Ia. holländische Torfstreu.
Bruno Mandowsky, Duisburg a/R.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl viel. Aerzte u. Prof. gratis u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 81/82.

Flechten

nässende und trockene Schuppenflechte, **skroph. Ekzeme,** Hautausschläge,

offene Füsse

Beinschäden, Beingeschwüre, Aderbeine, böse Finger, alte Wunden sind oft sehr hartnäckig; wer bisher vergeblich hoffte geheilt zu werden, mache noch einen Versuch mit der bestens bewährten

RINO-SALBE

frei von Gift und Säure, Dose Mark **1.—**
Dankschreiben gehen täglich ein.
Nur echt in Originalpackung weiss-grün-rot und Firma Rich. Schubert & Co., Weinböhla. Fälschungen weise man zurück.
Wachs, Naphtalan ja 15, Walrat 20, Bonzoefett, Venet. Terp., Kampferpflaster, Perubalsam je 5, Eigelb 30, Chrysarobin 0.5.
Zu haben in den meisten Apotheken.

FÜRSTLICHE BRAUEREI KÖSTRITZ i/THÜRINGEN

Gegründet 1696 — Gegründet 1696

Köstritzer Schwarzbier.

Dieses altberühmte Bier, welches infolge seines großen **Malz- und Würze-Extraktes** und geringen Alkoholes besonders **Kindern, Blutarmen, Wöchnerinnen, säugenden Müttern** und **Rekonvaleszenten** jeder Art von hohen medizinischen Autoritäten empfohlen wird, ferner

Blume des Elstertales,

ebenfalls als **Gesundheitsbier** empfohlen, reines kräftiges Gebräu von vorzüglicher Güte und angenehmem Geschmack, bestes, billigstes Hausgetränk, ist zu haben in

Halle a. S. bei dem **General-Vertreter E. Lehmer,**

Haupt-Kontor und Lager: Landsbergerstr. 7. Fernsprecher 238.
II. Kontor: Völbergasse 2. Fernsprecher 2826.

Ferner in **Halle a. S.** bei: **E. Moritz,** Brüderstraße 8, **H. Niesner,** Mittelstraße 5, **Emil Henke,** Gr. Wallstr. 9, **Joh. Brandt,** Gr. Wallstr. 12, **C. Heinemann,** Fritz Reuterstr. 1, **W. Köppner,** Alter Markt 8, **F. Aurich,** Goethestr. 19, **Becker,** Dessauerstr. 7a, **J. Baumann,** Merseburgerstr. 44, **Rob. Erbe,** Dorotheenstr. 12, **R. Giesecke,** Germarstr. 6, **M. Gaeste,** Merseburgerstr. 4, **Geschw. Grassel,** Freiimfeldstr., **J. Hörig,** Rud. Hagnstr. 7, **K. Heilig,** Halberstädterstr. 5, **Jentsch,** Thüringerstr. 24, **B. Kresse,** Freiimfeldstr. 13, **M. Körting,** Bernhardystr. 3, **Gebr. Luckau,** Bernhardystr. 2, **Herm. Luft,** Dieskauerstr. 14, **C. Lehmann,** Meckelstr. 27, **Max Mannschatz,** Meckelstr. 19, **Herm. Nolte (Stüwe Nachf.),** Merseburgerstr., **W. Rodnick,** Bernhardystr. 14, **Pochmann,** Hardenbergstr. 4, **Carl Pietzschke,** Forsterstr. 50, **Pfeiffer,** Prinzenstr. 8, **A. Bust,** Pfälzerstr. 6, **W. Peter,** Kronprinzerstr. 2, **L. Rülicke,** Bismarckstr. 28, **O. Rosenstock,** Merseburgerstr. 20, **R. Schneemann,** Bernhardystr. 28, **F. Wagner,** Landsbergerstr. 59, **A. Thieme,** Landsbergerstr. 66, **A. Seidel,** Pfännerhöhe 47, **Schellenbach,** Goethestr., **Weise,** Freiimfeldstr. 9. — In **Zörbig** bei **Fr. Meltzer, Wilh. Otto;** in **Bitterfeld** bei **Wilh. Freier;** in **Ober-Röblingen a. S.** bei **Rud. Kautz;** in **Lauchstädt** bei **Carl Albers;** in **Roitzsch** bei Halle bei **Ernst Ackermann;** in **Sandersleben** bei **Hugo Möritz;** in **Könnern** bei **Heinrich Ziegler;** in **Merseburg** bei **A. Weizel, K. Schmiedt.**

Man verlange ausdrücklich nur das echte

„Köstritzer Schwarzbier".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060215023/fragment/page=0004